

# Nicht einfach nur Migranten

## Chaldäische Christen als Flüchtlinge in der Kirche in Deutschland

*Im Unterschied zu den früheren so genannten „Gastarbeitern“ kommen die jetzt aufgrund der Konflikte im Nahen Osten Zuwandernden ganz überwiegend ohne Rückkehrperspektive. Für die Kirche in Deutschland stellen die aus mehrheitlich islamischen Ländern einwandernden Christen dabei in mehrfacher Hinsicht eine besondere pastorale Herausforderung dar.*

Es sei kurz in Erinnerung gerufen: Seit den sechziger Jahren hat ein Exodus der einstmals im Gebiet des Tur Abin („Berg der Knechte Gottes“) im Südosten der Türkei ansässigen syrisch-orthodoxen Christen stattgefunden: Während diese Religionsgemeinschaft in ihrem Kerngebiet noch in den sechziger Jahren um die 150 000 Angehörige zählte, ist sie heute bis auf einen dort verbliebenen Rest von etwa 2000 Menschen in alle Welt zerstreut: überwiegend in Deutschland, den Niederlanden, Schweden und den USA. Diese Christen gelten heute als eingewanderter Teil der jeweiligen Aufnahmegesellschaften mit eigener kirchlicher Identität und religiöser Praxis, aber ohne realistische Rückkehrperspektive.

Gegenwärtig ist der Beginn einer analogen Exodus-Situation zu beobachten, nämlich die der Christen aus dem Irak, von denen

drei Viertel der chaldäischen Kirche angehören, einer nach der Tradition im Jahr 52 vom Apostel Thomas gegründeten Kirche, die seit dem 17. Jahrhundert mit Rom uniert ist.

Der chaldäische Patriarch in Bagdad, *Louis Raphael I. Sako*, beschrieb jüngst die Dramatik der Situation so: „Die andauernde Zunahme bei der Emigration der Christen im Irak ist heute sehr besorgniserregend und beängstigend. Seit einem Jahr und ein paar Monaten habe ich die Führung der chaldäischen Kirche übernommen und habe die meisten Städte besucht. Aufgrund dieser Realität läute ich die Alarmglocken und erkläre hiermit, dass unsere Kirche sich in einer katastrophalen Auflösung befindet. Wenn die Situation weiterhin so bleibt, dann werden wir in zehn Jahren nur noch ein paar Tausend hier sein.“

Und der chaldäische Patriarch nennt einige Beispiele: Vor ein paar Tagen habe er die Stadt Hilla besucht. Hier lebten in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts 287 christliche Familien, jetzt seien nur noch 21 Familien übrig geblieben. In Bagdad gibt es derzeit noch 21 Dekanate. Manche wurden geschlossen und manche wurden zusammengeführt. In der Kirche

Klaus Barwig (geb. 1952) ist seit 1981 Leiter des Referates Migration der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Unter anderem ist er damit verantwortlich für die renommierten Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht. Von 2001 bis 2011 war er beratendes Mitglied der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz.

die Himmelfahrt in Almaschtal in Bagdad zum Beispiel, lebten rund 5000 chaldäische Familien und die Zahl der Erstkommunikationskinder betrug vor dem Sturz des Regimes mehr als 240 Mädchen und Jungen. Im April dieses Jahres habe er in dieser Kirche den Erstkommunikationsgottesdienst mit nur 13 Kindern gefeiert. Auch in der so genannten sicheren

Region Kurdistan, so Patriarch Sako, sei die Emigration der Christen nach wie vor im Gange.

Vor diesem Hintergrund appelliert er an alle, sich der Realität der Emigration von Christen aus ihrem Herkunfts- und Mutterland bewusst zu werden und Lösungen zu finden, wie diese beendet werden könne. Die Gründe der Emigranten seien bekannt: Die über Jahrzehnte aufeinanderfolgenden Kriege und Konflikte, die Verschlechterung der sozialen Bedingungen und der Sicherheit nach dem Sturz des Regimes im Jahr 2003 hätten zu wachsendem religiösem Extremismus geführt. Hinzu kämen Bedrohungen allgemeiner Art: So müssten die Christen fürchten, dass ihr Eigentum beschlagnahmt werde, sie litten besonders unter Arbeitslosigkeit. Eine Bedrohung sei aber auch, dass einige westliche Länder die Einwanderung der Christen in ihre Länder akzeptierten und damit förderten. Und sowohl unter den Christen als auch bei den Muslimen gebe es keine Vorstellung von einem besseren gemeinsamen Leben.

Bei den Christen herrsche das Gefühl vor, dass ihre Rolle und das Leben in ihrer Heimat aufgrund der explosiven Lage eingeschränkt werde. „Es ist auffällig, dass das, was im Irak geschieht, jetzt auch in Syrien geschieht und dass die gleiche Situation auch voraussichtlich in anderen Ländern entstehen wird“, mahnt schließlich der chaldäische Patriarch.

## Die Fluchtbewegung hält an

Während des letzten Irak-Krieges waren mehr als 2,5 Millionen Iraker ins benachbarte Ausland geflüchtet, darunter ein überproportional hoher Anteil von chaldäischen Christen. Im Verlauf dieses Krieges galten die Chaldäer mit einstmals 900 000 Gläubigen im Irak als die Verbündeten des Westens und waren deshalb besonders Übergriffen ausgesetzt.

Als eine massive Fluchtbewegung insbesondere in die Nachbarstaaten Syrien, Jordanien, Libanon, Ägypten und in die Tür-

kei einsetzte, war schon bald klar, dass es für diese Gruppe nahezu keine Chancen auf eine baldige Rückkehr geben würde. Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Christen im Irak seit Kriegsbeginn im Jahre 2003 auf unter 300 000 reduziert hat und allein in Bagdad aktuell noch 100 000 (von einstmals 400 000) Christen verblieben sind – so der Erzbischof von Erbil, *Bashar Warda*, im Juni anlässlich seines Besuches beim Rottenburg-Stuttgarter Bischof *Gebhard Fürst*.

Deutschland nahm 2008 außerhalb des Asylverfahrens ein Kontingent von 2500 irakischen Flüchtlingen aller Glaubensrichtungen auf – darunter einen erheblichen Anteil von chaldäischen Christen. Eine kontinuierliche Zahl von Chaldäern und Mandäern wurde und wird zudem über das Asylverfahren im Rahmen des Merkmals „Gruppenverfolgung“, aufgrund der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe, also zu etwa 90 Prozent anerkannt. Um jedoch ins deutsche Asylverfahren zu gelangen, müssen diese Flüchtlinge Deutschland erst einmal auf dem Weg einer „illegalen Einreise“ erreichen. Zu den aktuellen Zahlen: In den Jahren 2008 bis 2013 wurde mehr als 5000 irakischen christlichen Flüchtlingen Asyl gewährt, die Zahl der Chaldäer dürfte für diesen Zeitraum bei etwa 4000 liegen. Und diese Fluchtbewegung hält auch weiterhin an, ein Ende ist nicht absehbar. Im Gegenteil: Jüngst hat die Bundesregierung die Kontingent-Aufnahme von syrischen Flüchtlingen auf 20 000 erhöht (also außerhalb der parallel laufenden Asyl-Anerkennungsverfahren) und die Bundesländer haben darüber hinaus komplementär eigene Kontingent-Aufnahmen vereinbart.

## Einwanderung ohne absehbare Rückkehrperspektive

Diese Gruppen von Christen aus dem Nahen Osten werden – analog zu den syrisch-orthodoxen – ganz überwiegend in den Aufnahmeländern bleiben und dort ansässig werden, weitgehend unabhängig von den jeweils geltenden rechtlichen Einschränkungen. In verschiedenen Regionen Deutschlands haben sich inzwischen kleine chaldäische Gemeinden gebildet. Es gibt also keine Alternative zur Integration; eine Haltung beziehungsweise Politik des Abwartens oder gar Abschreckens wie in anderen Bereichen der Flüchtlingspolitik wäre hier völlig kontraproduktiv, insbesondere im Hinblick auf die Kinder. Bei diesen Flüchtlingsgruppen gilt die Devise „Niemand darf verloren gehen“ ganz besonders. Schnelle Integrationsmaßnahmen sind gefordert. Es geht um Anschlussfähigkeit und dabei insbesondere um die Würdigung beziehungsweise Anerkennung der im Herkunftsland zurückgelegten Bildungswege oder erlangten Berufsqualifikationen.

Gerade gegenüber den mit Rom unierten chaldäischen Christen besteht kirchlicherseits eine besondere Verantwortung vor allem in pastoraler Hinsicht. Die in Baden-Württemberg im

Rahmen der Kontingenz-Lösung aus den Nachbarstaaten des Irak aufgenommenen chaldäisch-irakischen Flüchtlinge begrüßte Bischof Gebhard Fürst in der Stuttgarter Konkathedrale am 3. Oktober 2009: „Sie sind uns willkommen, wir halten Ihnen unsere offenen Arme auf.“ Wo Menschen aus ungerechten und bedrohlichen Strukturen aufbrechen und sich willkommen und integriert fühlen, da werde Reich Gottes erfahrbar, sagte der Bischof damals.

In sozialer Hinsicht gilt es jedoch zu beachten, dass kirchlich-karitative Angebote für alle Hilfesuchenden offen sind und sich die Kirche beziehungsweise ihre Caritas andernfalls dem Vorwurf der Bevorzugung einzelner Gruppen ausgesetzt sähen. Beides gilt also: die Offenheit des diakonischen Dienstes für alle Menschen und ebenso die besondere pastorale, aufsuchende Sorge um Christen, die aus der Verfolgung kommen, bei uns Heimat suchen und auch wirklich Heimat finden sollen. Caritas und Pastoral, so sehr sie zusammengehören, müssen ihre Aufgabe und ihr Selbstverständnis unter diesem Gesichtspunkt differenziert reflektieren. Dieses klug zu unterscheiden und die besondere Begleitung neuer Kirchenmitglieder nicht der Gleichbehandlung aller Rat- und Hilfesuchenden preiszugeben, dürfte eine besondere Herausforderung für die kommende Zeit darstellen.

### Psychische Verletzungen – ein wesentliches Hindernis für Dialog

Viele der geflüchteten beziehungsweise vertriebenen Christen haben im Vorfeld oder während ihrer Flucht traumatische Erfahrungen gemacht, die nicht selten mit religiösen Konnotationen in Zusammenhang gebracht werden. Oft wird dieser Aspekt übersehen. Gerade aber hier sind ganz spezifische Angebote gefragt, und Bestehendes sollte unbedingt verstetigt und gestärkt werden. Dazu gehört ganz wesentlich auch Trauma-Arbeit.

Viele dieser Flüchtlinge haben erleben müssen, dass Schreckliches „im Namen Allahs“ geschah und sich in ihrem Gedächtnis unauslöschlich eingebrannt hat. Viele sind deshalb verwundert, wenn nicht gar verärgert, und können es überhaupt nicht nachvollziehen, dass es in einer deutschen Ortskirche wie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und ganz konkret-deziiert in deren Akademie Dialogbemühungen im Hinblick auf die hier lebenden Muslime gibt.

Ebenso irritiert sie, dass die Caritas selbstverständlich auch Menschen muslimischen Glaubens berät und betreut. Sie halten dies für naiv und vermissen umgekehrt kirchliche Missionierungsbemühungen gegenüber den Muslimen. Angesichts ihrer sprachlichen und kulturellen Nähe sehen sie sich selbst sogar zu dieser Mission besonders aufgerufen.

So hat beispielsweise der damalige Akademiedirektor (und heutige Bischof) Gebhard Fürst in der Kapelle der diözesanen

Akademie von Rottenburg-Stuttgart ein Neues Testament, eine Thora und einen Koran auflegen lassen, nicht ohne daneben den Text der Konzils-Konstitution „Nostra aetate“ zu legen, die Erklärung also über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen – ein klares Bekenntnis zugunsten der Religionsfreiheit in der bürgerlichen Staatsordnung und für verstärkten Dialog mit Anders- oder Nichtgläubigen. Als bei einer ersten bundesweiten Tagung für chaldäische Christen in der Rottenburg-Stuttgarter Akademie die Kapelle besucht werden sollte, wollte etwa die Hälfte der anwesenden Chaldäer diesen Raum nicht betreten – wegen des dort liegenden Korans. Erst nach heftigen Diskussionen konnte die Eucharistiefeier beginnen.

### Beheimatung bedarf auch anderer kirchlicher Strukturen

Naheliegender ist für viele Mitglieder und Verantwortliche unserer Kirche der Rückgriff auf die traditionelle Migrantenpastoral auch gegenüber dieser Gruppe von Zugewanderten: eine über 50-jährige Erfahrungsgeschichte, keineswegs jedoch durchgängig erfolgreich. Das weltkirchliche Prinzip von Einheit in der Vielfalt ist bis heute nicht überall dort sichtbar geworden, wo katholische Migranten leben. Das Nebeneinander ist bis heute nicht durch ein durchgängiges Miteinander abgelöst, Partizipation noch immer ein einzulösendes Ziel.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Neben der überwiegend unklaren Bleibeperspektive der Zugewanderten sind die Zugehörigkeit zu unteren sozialen Schichten und andere sprachliche und kulturelle Voraussetzungen Gründe für das Nebeneinander, das von vielen kritisiert wird.

Im Unterschied hierzu sind die jetzt aufgrund der Konflikte im Nahen Osten Zuwandernden ganz überwiegend ohne Rückkehrperspektive, das heißt, sie sind „auf Gedeih und Verderb“ auf ein Leben in unseren westlichen Gesellschaften angewiesen und damit auch einer möglichst raschen Integration in hiesige Verhältnisse interessiert. Und, was nicht übersehen werden sollte: Die Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen, die diese Menschen mitbringen, ergeben ein differenzierteres Bild als bei den ehemaligen „Gastarbeitern“. Der Zwang, aber auch der Wille zur Integration dürfte allein aus diesen Gründen von Anfang an stärker ausgeprägt sein.

Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidungen helfen Gleichsetzungen mit der bisherigen Migrantenpastoral nicht weiter. Anderes verdient andere, angemessenere Reaktionen, Strukturen und Methoden seitens der Ortskirche:

So geht Beheimatung nicht ohne nachgehende und menschenorientierte Begleitung. Begleitung bedeutet dabei, aufmerksam zu sein, was diese Menschen in ihrem „Lebensgepäck“ mitbringen – religiös (eigener Ritus!), kulturell (arabischer beziehungsweise kurdischer Kontext), psychisch

(Traumatisierungen beziehungsweise einschneidende Flucht-Erfahrungen – im Lastwagen oder auf dem Schiff illegal bis Deutschland).

Die Gruppen vor Ort nehmen kontinuierlich zu. Hierzu ein ebenso simples wie symptomatisches Beispiel: Aus den offiziellen Statistiken geht hervor, dass für Stuttgart etwa 300 Chaldäer als römisch-katholisch registriert sind. Der Kirchenbesuch und die Kirchenbücher der chaldäischen Gemeinde (700 eingetragene Mitglieder) sprechen eine ganz andere Sprache. Die Differenz erklärt sich vielfältig: Chaldäisch ist nach deutschem Kirchensteuerrecht ein „Nullum“. Wissen die Menschen, wenn sie sich anmelden, dass sie als Konfessionszugehörigkeit „rk“, also römisch-katholisch angeben müssen? Und diejenigen, die es wissen, aber aus Treue zum eigenen Ritus und aus Stolz, einer der ältesten Kirche der Christenheit anzugehören, nicht einfach unter „rk“ subsumiert werden wollen – ist ihnen klar, welche melde- beziehungsweise kirchensteuerrechtlichen Aspekte damit verbunden sind? Was ist mit denen, die vor dem Gang zur Meldebehörde den Rat bekommen haben, aus Gründen der Kirchensteuer-Vermeidung ihre Kirchenmitgliedschaft zu verschweigen? Und was ist schließlich mit denen ohne legalen Aufenthalt, die aber

dennoch ihre Zugehörigkeit gegenüber der chaldäischen Gemeinde zum Ausdruck bringen wollen?

Notwendig für diese Gruppe ist eine nachgehende Seelsorge, die sensibel zuhört und sieht, wo unmittelbar zu helfen oder wo mittelfristig Hilfe zur Selbsthilfe angesagt ist. Diese nachgehende Seelsorge in umfassenden Sinn hat Respekt vor dem Mitgebrachten, weiss um die Probleme kultureller und religiöser Verunsicherung in westlich-säkularen und pluralistischen Gesellschaften und stellt keinen Gegensatz zur karitativen Hilfe der Kirche dar: Diese muss für alle offen sein. Nachgehende Pastoral richtet sich naturgemäß an die Gruppe der Glaubensbrüder und -schwestern. Dies ist keine unzulässige Bevorzugung.

### Der Zerstreung entgegenwirken

Die Sorge der chaldäischen Kirchenführung ist nicht unberechtigt und zeigt ein ernstes Dilemma: Einerseits hat das Patriarchat in Bagdad wiederholt seine Sorge zum Ausdruck gebracht, der andauernde Exodus von mittlerweile Hunderttausenden von Gläubigen werde eine der ältesten Kirchen der Christenheit

an ihrem originären Ort in ihrem Bestand gefährden und damit zu einem weiteren Aderlass führen, den Prozess der „Entchristianisierung“ des Orients beschleunigen. Die nächste schmerzliche Etappe dürfte Syrien sein.

Andererseits stimmen die Betroffenen „mit den Füßen“ ab – und beileibe nicht leichtfertig. Martyrium kann nicht verordnet werden, sondern kann nur in der existenziellen Entscheidung der betroffenen Familien liegen. Und wenn es der hiesigen aufnehmenden Kirche nicht gelingt, dass der „große Tanker Ortskirche“ des kleinen Schiffchens auf hoher See gewahrt wird, wird es überfahren werden, untergehen, in den Zeitläuften verschwinden, sich in andere religiöse Kontexte auflösen. Und dass dies einer der ältesten Kirchen geschieht, kann und darf nicht gleichgültig sein.

Der derzeitige Apostolische Visitator der Chaldäer für Europa, Erzbischof *Ramzi Garmou* (Teheran), mahnte anlässlich seines Besuches in Stuttgart im März dieses Jahres: „Vergesst nicht woher ihr stammt und was eure Identität ist. Ihr dürft auch niemals eure Geschichte und die alten Wurzeln eurer Zivilisation vergessen. Ihr sollt Euch in den westlichen Völkern gut integrieren, aber auch sehr gut aufpassen, Euch nicht unter Ihnen zu verlieren, denn hier im Westen herrscht eine andere Art der Verfolgung gegen die Kirche.“

Der Glaube sei schwach und viele Menschen seien aus der Kirche ausgetreten. Es gebe viele Sekten, die versuchten, Leute, die in Not sind, zu gewinnen. Auch die Freiheit, die hier im Westen herrsche, müsse mit Bedacht und mit Vernunft genossen werden. Besonders an die Jugendlichen appellierte Erzbischof Garmou, denn die Gefahr sei sehr groß, dass sie schnell in Probleme geraten könnten und die Familien auseinandergehen.

„Bewahrt eure Identität und euren christlichen Glauben“, so der Visitator, „den ihr aus dem Osten in den Westen mitgebracht habt. Seid Zeuge Jesu und lasst die Menschen hier im Westen den ost-christlichen Glauben durch eure Taten und euer Denken kennenlernen.“

Die Alternativen erscheinen den Chaldäern im neuen Aufnahmeland vielfältig: Sekten (sie genießen bei Migranten insgesamt eine hohe Attraktivität), ebenso Freikirchen, aber auch die syrisch-orthodoxen Gemeinden mit bereits fest etablierten Strukturen und eigenen Kirchen und – entscheidend – der gemeinsamen Kirchensprache: aramäisch.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, die Rolle der aufnehmenden Ortskirche – im Kontext ihrer vielfältigen Möglichkeiten – sorgfältig und „auf der Seite der verloren Gegangenen“ zu reflektieren. Klärungsbedürftig im Hinblick auf das Ziel „Beheimatung“ ist dabei:

Am kirchenrechtlichen Status (der Unterstellung der Jurisdiktionsgewalt des jeweiligen Ortsbischofs) wird sich dem Vernehmen nach nichts ändern. Analoge Regelungen zum sogenannten Exarchat der unierten griechisch-katholischen Ukrainer in Deutschland sind nicht vorgesehen und erscheinen nicht sinnvoll.

Es braucht eine angemessene und auf weitere und dauerhafte Zuwanderung ausgerichtete personelle Ausstattung. Derzeit leben laut Auskunft des Stuttgarter chaldäischen Pfarrers in Deutschland rund 13 000 Chaldäer mit 3 Priestern (im Vergleich dazu: In Schweden 30 000 mit 5 Priestern und in Frankreich etwa 28 000 mit 4 Priestern), in Baden-Württemberg im Raum Stuttgart 700, in Pforzheim 700, in Heilbronn 300 und in Ludwigshafen/Mannheim 150 Chaldäer, mit ständig wachsender Tendenz.

Notwendig sind spezifische Strukturen für angemessene Beheimatung aufgrund der eigenen Liturgie, ebenso Möglichkeiten der Partizipation in bestehenden Strukturen wie spezifische Erziehungs- und Sozialberatung oder dem ganzen Bildungsbereich (hier sind insbesondere die katholischen Schulen, Hochschulen und Internate gefragt). Geschaffen werden müssen gleichfalls Möglichkeiten eines beginnenden Dialogs mit Muslimen, sicher der anspruchsvollste und schwierigste Teil eines Zusammenlebens in einer religiös pluralen Gesellschaft.

Als eine tragfähige Konstruktion mit möglichst großer Berücksichtigung des kulturell und religiös „Mitgebrachten“ kann die im Bistum Essen gefundene Lösung einer Personalpfarrei auf dem Territorium der Diözese mit einer den Chaldäern zur Nutzung überlassenen Kirche gelten. Ob die Lösung der „*Missio cum cura animarum*“ analog der „Gastarbeiter“-Seelsorge, wie im Erzbistum München-Freising geplant, den Gegebenheiten und Erfordernissen auf Dauer besser gerecht wird, darf vor dem Hintergrund jahrelanger negativer Erfahrungen zumindest bezweifelt werden: Man ist wieder Gast – und das auf Dauer? Nicht nur die Kroaten in Stuttgart können ein Lied davon singen, wie der größten Gottesdienstgemeinde bis heute die unattraktivsten Gottesdienstzeiten zugewiesen werden.

### Fluchtursachen lindern – Zusammenleben in der Herkunftsregion fördern

Unter den hier lebenden Chaldäern ist immer wieder große Trauer darüber zu spüren, dass man die Heimat wohl auf immer verlassen musste. Wer derzeit noch bleiben kann, will auch bleiben. Dies gilt insbesondere für die Chaldäer im Nordirak. Dies heißt nun wiederum nicht, vorschnell eine „inländische Fluchtalternative“ anzunehmen. So war und ist das relativ autonome Kurdengebiet auch derzeit weder strukturell noch ökonomisch in der Lage, auch nur einen kleinen Teil der aus dem Irak oder in jüngerer Zeit aus Syrien geflüchteten Christen in nennenswerter Zahl aufzunehmen. Neue Verwerfungen in einer ohnehin extrem fragilen Situation wären die Folge. Was derzeit besonders erhaltens- und schützenswert erscheint, ist die immer noch anhaltende Koexistenz der angestammten Bewohnerschaft mit kurdischer Mehrheit und

christlicher sowie anderen religiösen Minderheiten, inzwischen ein Unikum in der gesamten Region.

Dass die Chaldäer im Irak diesem besonderen Zustand im autonomen Kurdengebiet des Nordirak (derzeit noch) eine Zukunftsperspektive geben und an einer weiteren Stabilisierung interessiert sind, zeigen vor allem zwei Beobachtungen: Zum einen wurde bereits kurz nach dem Ausbruch der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Irak und dem damals entstandenen Vertreibungsdruck gegenüber den jeweiligen Minderheiten die Priesterausbildung der chaldäischen Kirche dauerhaft von Bagdad nach Erbil verlagert. Dies kann als symbolischer Akt interpretiert werden, wo seitens der chaldäischen Hierarchie am ehesten noch Sicherheit für die Zukunft gesehen wird.

Zum anderen hat der Erzbischof von Erbil, *Bashar Warda*, vor kurzem bei Besuchen in Amerika und Deutschland um Unterstützung für die Etablierung von Bildungsprojekten geworben: Mit Hilfe des Westens sollen die Chaldäer so ihren Beitrag zur Entwicklung der gesamten nordirakischen Gesell-

schaft leisten und damit bei der Stabilisierung ihrer Minderheitenrolle helfen.

Hier tun sich mannigfaltige Unterstützungs- und Partnerschaftsmöglichkeiten insbesondere im Bildungs- und Ausbildungsbereich auf. Industrie, Handwerk, Kultusverwaltung sowie Wissenschaft und nicht zuletzt die in diesen Feldern tätigen Stiftungen könnten hier – sinnvollerweise wohl auf Länderebene – sondieren, ob und inwieweit sie sich auf einen solchen für die Region derzeit wohl einmaligen Prozess des Bleiben-Könnens für alle Bevölkerungsgruppen einlassen wollen, diesen anstoßen und konkretisieren können, zum hiesigen wie zum dortigen Nutzen.

Es geht auch um den Nachweis, dass das Prinzip der Verringerung beziehungsweise Vermeidung von Fluchtursachen keine leere Floskel innerhalb einer Abwehrstrategie gegenüber weiteren und anhaltenden Fluchtbewegungen in Richtung Europa ist. Die Aufgabe ist angesichts der Region überschaubar, der Symbolwert könnte ungleich höher sein. *Klaus Barwig*